

Eigentum „wenigstens gleichrangig zugeordnet werden“. „Angesichts der drohenden Massenarbeitslosigkeit – auch in den Industrienationen – ist heute die Zeit gekommen, Vollbeschäftigung durch die Anerkennung des Menschen- und Bürgerrechts auf Arbeit zum Ziel nationaler und internationaler Sozialpolitik zu machen.“ Was diesem Antrag fehlt, ist ein klarer Hinweis darauf, daß es bei diesem Recht mindestens ebenso, wenn nicht noch mehr als bei anderen Grundrechten weniger auf seine Proklamation als auf die Bereitschaft (oder überhaupt die Möglichkeit) zur Umsetzung in praktische Politik ankommt. Zudem hängt natürlich die positive oder negative Einschätzung des Sinns einer Definition des Rechts auf Arbeit davon ab, wie weit man den Bereich der menschlichen Grundrechte fassen kann bzw. muß.

### Eine geistliche Konferenz

Mehr als ein Bericht vermitteln kann, war die Hundert-Jahr-Konsultation eine fromme, geistliche Zusammenkunft. Bibelgespräch und theologische Diskussion bestimmten wesentlich ihren Verlauf. Mit dem Verhältnis von Herrlichkeit Gottes und Zukunft des Menschen hatte man ein theologisches Leitthema gewählt, dessen Komplexi-

tät geeignet war, die Tagungsteilnehmer mehrere Tage auszulasten, und das im übrigen genügend „typisch reformiert“ war, um der Jubiläumskonferenz das angemessene Gepräge zu geben. Mit diesem Thema waren zwei Wesenselemente reformierten Glaubensverständnisses zugleich angesprochen: die Theozentrik und der Weltbezug. Klassisch findet sich der Zusammenhang ausgedrückt in dem Satz Calvins: „Die Welt ist der Schauplatz von Gottes Herrlichkeit.“

In seinem Grundsatzreferat wies der nordamerikanische Theologe *James McCord* (Princeton) – er wurde als Nachfolger von William Thompson für die nächsten sieben Jahre zum Präsidenten des Reformierten Weltbundes gewählt – auf die bleibende Notwendigkeit der Rückbindung des Menschen an Gott hin. Gegen den Verdacht bzw. die Gefahr, „daß Gottes Herrlichkeit mit seiner Eifersucht verwandt sein könnte“ und daß die Lehre von der Herrlichkeit Gottes dazu dienen könnte, „die Gattung Mensch im Bewußtsein der Minderwertigkeit zu erhalten“, unterstrich McCord die befreiende Wirkung dieser Glaubensüberzeugung. Das Prinzip „Gott allein die Ehre“ stelle ein Korrektiv dar gegenüber gesellschaftspolitischem Optimismus und Pessimismus. „Die Tatsache, daß die Herrlichkeit Gottes allein über der Welt steht, rückt alles

Streben in die richtige Perspektive. Sie macht die Menschen frei, ihr Bestes nach Kräften zu leisten, wissend, daß letztlich nicht sie selber ihr Schicksal bestimmen.“

Die theologischen Debatten kreisten ständig um diesen Zusammenhang von Gottesglaube und Weltverantwortung, aber auch – soteriologisch gewendet – von Gnade und Sünde. In den Schlußberichten wurde mehrfach betont, daß die „vertikale“ Beziehung der Christen gestärkt werden müsse, damit die horizontalen Beziehungen wirksam sein können, daß die „Konzentration auf Gott“ untrennbar ist von der Offenheit für die Welt. Die Herrlichkeit Gottes verpflichte dazu, „das Chaos in unserer gegenwärtigen Welt zu bekämpfen“. Dem, der sich der kollektiven Ausmaße der Sünde bewußt sei, würden sich die Augen für die Wirklichkeit des Chaos öffnen, umgekehrt „öffnet das Vertrauen in die kollektiven Dimensionen der Gnade unser Leben zur Wirklichkeit der Neuschöpfung“. Nicht zuletzt wegen solcher – in ihrer Spiritualität manchmal etwas fremder – geistlich-theologischer Aussagen könnte die Konferenz von St. Andrews ein Anlaß sein, auch in unseren Breiten Chancen und Problemen des Gesprächs mit den reformierten Kirchen mit größerer Intensität zu begegnen. *H. G. K.*

## Gesellschaftliche und Politische Entwicklungen

### Entfremdung von den Parteien?

#### Hat in der Bundesrepublik eine Protestpartei eine Chance?

*In der öffentlichen Auseinandersetzung wird von wachsendem Unbehagen an den Parteien, vom Ansehensverlust aller Parteien in der Bevölkerung, ja von einer Legitimationskrise der Parteien gesprochen. Immer wieder wird nicht nur Raum für eine Protestpartei gesichtet, sondern von möglichen einschneidenden Veränderungen des gesamten Parteienspektrums gesprochen. Prof. Dieter*

*Oberndörfer, Freiburg, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, untersucht, was es damit auf sich hat und was an Hand der Demoskopie dazu aussagbar bzw. nicht aussagbar ist.*

Für die älteste westliche Demokratie, für die Vereinigten Staaten wird schon seit einigen Jahren eine Krise ihres Par-

teiensystems behauptet. Ein immer größer werdender Teil der Wähler fühle sich nicht mehr durch die beiden großen Parteien „repräsentiert“. Mißtrauen und Unlust gegenüber den traditionellen Parteien und damit dem ganzen tradierten System der amerikanischen Demokratie greife um sich. Die Wähler würden zunehmend diesem System und ihren Parteien „entfremdet“. Als Ursache hierfür wurden zahlreiche Gründe angeführt: Das Desaster des Vietnamkrieges – der erste von der amerikanischen Republik verlorene und hinsichtlich seines Sinnes bezweifelte Krieg –, der Watergate-Skandal und die Amtsenthebung Präsident Nixons sowie verschiedene immer noch ungelöste explosive interne Probleme (z. B. Rassen- und Einwanderungsintegration, Umweltschutzthematik, Verödung der Großstädte, strukturelle Arbeitslosigkeit, Brennstoffkrise etc.). Wohl auch unter dem Eindruck der amerikanischen Debatte ist in der Bundesrepublik ebenfalls seit geraumer Zeit von einer „Legitimationskrise“ unserer Demokratie und unseres Parteiensystems die Rede. Die Diskussion über dieses Thema hat sich in den Monaten nach der Bundestagswahl deutlich verstärkt. Die vermutlichen politischen Anlässe für diese Entwicklung sind: Die Kluft zwischen den Wahlkampfversprechungen und der politischen Entwicklung nach der Wahl (Rentendebakel, anhaltende Arbeitslosigkeit und Stagnation des Wirtschaftsaufschwungs) sowie die Diskrepanz zwischen der von allen Parteien im Wahlkampf quasi in einem letzten großen Kraftakt den Wählern gegenüber manifestierten Einheit und Geschlossenheit und den nach der Bundestagswahl in allen Parteien in häßlichen Formen ohne Rücksicht auf die Reaktionen der „Öffentlichkeit“ ausgebrochenen internen Konflikten – ein Vorgang, der auf die Wähler um so desillusionierender wirken mußte, da er mit einem angesichts der bedrängenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme besonders ärgerlichen Immobilismus der Koalitions- und Unionsparteien verbunden war.

Die Diskussion über die angebliche oder tatsächliche zunehmende Entfremdung vieler Wähler vom Parteiensystem der Bundesrepublik wurde in jüngster Zeit durch die Veröffentlichung eines Artikels von Prof. *Rudolf Wildenmann* (Mannheim) über die Ergebnisse einer von ihm wissenschaftlich betreuten, von Infratest durchgeführten demoskopischen Erhebung im Septemberheft der Zeitschrift „Capital“ intensiviert. Im Presseecho wurde Wildenmanns Behauptung, etwa 25% der Wähler seien bereit, eine „Protest“- oder „Antipartei“ zu wählen, kritiklos übernommen.

Angesichts des erwähnten Artikels von Prof. Wildenmann und dessen überaus starker Resonanz in der Öffentlichkeit stellen sich zwei Fragen:

1. Läßt sich das voraussichtliche Wählerpotential einer „Protest“- oder „Antipartei“ mit den Methoden der Umfrageforschung empirisch-wissenschaftlich tatsächlich prognostizieren?  
und
2. woraus erklärt sich die große Resonanz auf Wildenmanns These?

Die Antwort auf beide Fragen soll in thesenhafter Form vorweggenommen und im folgenden im einzelnen begründet werden:

1. Eine einigermaßen sichere empirische Bestimmung oder gar erst Prognose eines „Antiparteien-Wählerpotentials“ durch die Umfrageforschung ist methodisch nicht möglich.
2. Unabhängig von dieser Methodenproblematik drückt sich in der Resonanz auf den angeblichen empirischen Befund Wildenmanns ein weitverbreitetes Unbehagen über die Entwicklung unseres Parteiensystems aus, das aber seine Ursachen nur sehr begrenzt in den politischen Entwicklungen nach der Bundestagswahl (Bad Kreuth, Flügelkämpfe in der SPD und der FDP), sondern vielmehr in den immanenten Strukturgesetzmäßigkeiten eines Zweiparteiensystems (Koalitions- versus Unionsparteien) haben dürfte.

### Hypothetische Antworten auf hypothetische Fragen

1. Die Unmöglichkeit einer empirischen Prognose des Protestwählerpotentials:

Wildenmanns empirischer Nachweis für eine „miese“ Stimmung gegenüber den Parteien und ein „Antiparteienpotential“ wird allein darauf gegründet, daß die folgende Frage von 25% der Befragten mit „ja“ beantwortet wird:

„In Dänemark gibt es eine Partei, welche die hohe Steuerbelastung abschaffen will. Ihr Vorsitzender heißt Mogens Glistrup. Würden Sie eine solche Partei eventuell einmal wählen, wenn es sie in der Bundesrepublik gäbe?“

In allen Erhebungen, die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im Zeitraum 1973–1977 in Auftrag gegeben wurden (ca. 30 Umfragen), erscheint die Steuerpolitik bei der regelmäßig gestellten Frage nach den „wichtigsten politischen Aufgaben“ mit einer Nennungshäufigkeit von 2% bis 4% ständig als ein politischer Problembereich von bislang weit untergeordneter Bedeutung (vgl. die Tabelle am Schluß dieses Beitrags).

Bemerkenswerterweise sprachen sich in den erwähnten Erhebungen gleichzeitig, wenn entsprechende Fragen gestellt wurden, überwältigende Mehrheiten für Steuersenkungen aus. Die Frage „Sind Sie für Steuersenkungen bei mittleren und niedrigen Einkommen?“ wurde z. B. im Oktober 1975 von 96% mit „ja“ und nur von 3% der Befragten mit „nein“ beantwortet. M. a. W.: das Geschenk von Steuersenkungen wird von fast allen Wählern im Prinzip bejaht, gleichzeitig aber besitzen die Befragten jedoch, wie die Antwort auf die Frage nach den „wichtigsten politischen Aufgaben“ zeigt, kein sehr ausgeprägtes, emotional aufgeladenes Problembewußtsein für Steuerfragen. Wildenmann selbst: „Die Steuerhöhe ist in Deutschland kein generelles Ärgernis.“ Der Fragestellung Wildenmanns („eine solche Partei eventuell einmal wählen“) wird zwar von einem Viertel der Befragten zugestimmt, aber zugleich von diesem Viertel nicht sehr ernst genommen und

läßt sich daher nicht als Votum für eine „Antipartei“ oder „Protestpartei“ interpretieren. Was in Anbetracht des durch die Frage Wildenmanns suggerierten Geschenks von Steuersenkungen allein erstaunt, ist, daß sie nur von 25% bejaht wurde. Da *Steuersenkungen* an sich in Umfragen stets von sehr viel größeren Mehrheiten begrüßt werden, drückt sich in diesem Votum deshalb eher eine beachtliche Zurückhaltung gegenüber weiteren Parteien aus.

Auch bei anderer Fragestellung wäre das *Wählerpotential einer Protestpartei* demoskopisch nicht prognostizierbar gewesen. Es würde sich immer um hypothetische, d. h. den Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung nicht real-konkret gestellte Fragen handeln. Alle „hypothetischen“ Fragen aber führen in der Umfrageforschung zu schwierig interpretierbaren, wenn nicht unsinnigen Ergebnissen. So existierte beispielsweise die von Wildenmann prognostizierte Steuersenkungspartei zum Zeitpunkt seiner Erhebung im Juni 1977 im politischen Raum nicht als konkrete Größe. Würde sich tatsächlich eine Steuerpartei oder „Antipartei“ bei den Bundestagswahlen dem Konkurrenzkampf der drei großen Parteien stellen, so wäre die Entscheidungssituation für den Wähler sehr viel komplexer (z. B. im Hinblick auf andere für ihn sehr viel relevantere Probleme) und „verantwortungsgeladener“ (z. B. 5%-Klausel!) als bei einer bloßen Umfrage, bei der ihm lediglich Steuererlöse in Aussicht gestellt, gleichzeitig aber die damit verbundenen möglichen Nachteile (Senkung der sozialen Leistungen) nicht vor Augen geführt werden. Das Problem, daß bei hypothetischen Fragen nur fiktive Ergebnisse erzielt werden, kann von der Umfrageforschung nicht gelöst werden, weil sie immer nur die Einstellungen zum Zeitpunkt der Befragung, aber nicht die Reaktionen der Befragten auf eine von ihr nicht voraussagbare, möglicherweise völlig veränderte politische Konstellation ermitteln kann. Diese unlösbare Problematik stellt sich nicht nur erst jetzt bei der Ermittlung des Wählerpotentials einer „Antipartei“. Sie lag vielmehr auch allen jenen Untersuchungen zugrunde, die in den letzten Jahren das Wählerpotential einer neuen „dritten“ oder „vierten“ bundesweiten Partei zu ermitteln versuchten. Bei allen diesen Untersuchungen handelte es sich um in methodischer Hinsicht recht fragwürdige Unternehmungen. Das Wählerpotential einer weiteren bundesweiten Partei kann aus den genannten Gründen nicht schon vor der Gründung dieser Partei bestimmt werden. Dies ist vielmehr erst dann möglich, wenn sich diese Partei bundesweit organisiert hat und sich in einer anstehenden Wahl tatsächlich dem Konkurrenzkampf mit den anderen Parteien stellt. Eine Erhebung kann ja für die Befragten auch die Funktion eines psychologischen Ventils haben. Sie können in ihr ihrer Unzufriedenheit mit bestimmten Entwicklungen innerhalb der von ihnen bisher präferierten Partei durch ein Votum für eine Parteineugründung Ausdruck geben, ohne daß dies konkrete politische Konsequenzen hat. Für die konkrete Entscheidungs- bzw. Wahlsituation kann jedoch angenommen werden, daß es innerhalb ihrer den meisten Wählern sehr viel schwerer fällt, traditionelle politische

Optionen zugunsten einer neuen weitgehend unbekanntem politischen Option aufzugeben.

## Strukturgesetze eines De-facto-Zweiparteiensystems

2. Die sogenannten Protestwähler als *Folge immanenter Strukturgesetze des Zweiparteiensystems*: Obwohl das Protestwählerpotential demoskopisch nicht prognostizierbar ist, macht die innere Logik des Parteiensystems der Bundesrepublik die Existenz eines solchen Potentials, und zwar in einem beträchtlichen Umfange, wahrscheinlich. Im Unterschied zu Vielparteiensystemen, in denen der Wähler sich wie in einem Kaufladen eine auf seine eigene Interessenlage und politische Gesinnung maßgerecht zugeschnittene Partei aussuchen kann, bedeutet in einem Zweiparteiensystem die Wahl für viele lediglich eine Entscheidung zwischen dem „geringeren Übel“. Angesichts des zunehmenden ideologischen Dissenses und des Interessenpluralismus unserer hochkomplexen industriellen Gesellschaft führt die Entwicklung zum Zweiparteiensystem in der Bundesrepublik – aus der Sicht der Wähler bilden SPD/FDP und CDU/CSU aller in diesen beiden Gruppierungen aufgetretenen Dissonanzen immer noch eine Einheit – zwangsläufig dazu, daß der *Identifikationsgrad der Wähler* mit der von ihnen selbst gewählten Partei zurückgeht. Dieser These widerspricht auch nicht die im Vergleich zu anderen Demokratien hohe Wahlbeteiligung bei den beiden letzten Bundestagswahlen von über 90%. Diese hohe Wahlbeteiligung bedeutet ja nicht, daß sich alle Wähler mit den von ihnen gewählten Parteien voll identifizieren; viele wählen vielmehr „ihre“ Partei häufig, nur um den Sieg der anderen „schlimmeren“ Partei zu verhindern. Die Parteien können sich als Volksparteien nur noch in groben Umrissen auf der „ideologischen“ Ebene voneinander abgrenzen. Da nämlich beide Parteiengruppierungen in der Praxis darum wetteifern, nicht nur 51% der Wähler, sondern möglichst alle Wähler zufriedenzustellen, werden pragmatische Kompromisse, in denen spezielle Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nur teilweise und häufig gar nicht berücksichtigt werden können, unvermeidlich. Diese Entwicklung, die im übrigen keineswegs nur negativ bewertet werden muß, da sie die Parteien dazu führt, sich von ihrem Selbstverständnis her als *Sachwalter des Gesamtwohls* zu verstehen, hat zwangsläufig die Konsequenz, daß sich ein Oppositionspotential formiert, das dem Gesamtsystem sehr distanziert gegenübersteht oder es sogar in toto ablehnt. Im Rahmen der Dynamik und der Gefügewänge eines Zweiparteiensystems, das durch die 5%-Klausel gegen Wettbewerber recht effektiv geschützt ist, hat dieses Protestpotential jedoch vorläufig kaum eine Chance, sich erfolgreich politisch organisieren zu können.

Um Mißverständnissen zu wehren: Dies ist kein Plädoyer für ein Vielparteiensystem. Ein Vielparteiensystem erlaubt zwar dem Wähler die Entscheidung für eine Partei seiner

Gesinnung oder seines Interesses. Bei der in einem Vielparteiensystem für eine Regierungsbildung erforderlichen Vielparteienkoalition wird die im Zweiparteiensystem dem Wähler abverlangte Kompromißbereitschaft, sich nur für „das geringere Übel“ zu entscheiden, diesem abgenommen und auf die Ebene der Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteiführern verlagert. Dies kann dann, wie das Beispiel der Weimarer Republik zeigt, in noch viel stärkerem Maße als im Zweiparteiensystem zur Diskreditierung der Parteien führen, denen wegen der Kompromisse bei der Koalitionsbildung „Verrat“ am Wähler vorgeworfen werden kann. Im Zweiparteiensystem hingegen fällt die Entscheidung über die künftige Regierung bei der Wahl, und der Wähler selbst ist – obwohl er vielleicht nur zähneknirschend „seine“ Partei gewählt hat – für den Ausgang der Wahl mitverantwortlich. „Zähneknirschend“, das heißt nichts anderes, als daß es eben auch in einem Zweiparteiensystem immer ein beträchtliches Protestpotential geben wird. Dieses Protestpotential ist im übrigen eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des Systems. Aus ihm rekrutieren sich gerade die Wechselwähler, welche die Voraussetzung der Parteienkonkurrenz schaffen. Im Unterschied hierzu ruht die Stabilität funktionierender Vielparteiensysteme auf der „Versäulung“ der Wähler, d.h. die weitgehende Absenz von Wechselwählern. Man hält der jeweils „eigenen“ Partei unerschütterlich die Treue. Typisch hierfür ist die Schweiz, in der es seit Generationen bei den Wahlen nur minimale Verschiebungen gegeben hat. Diese Versäulung der Wähler, die zumindest in der Vergangenheit auch in Holland und Belgien zu beobachten war, schafft wiederum den Parteiführungen die Möglichkeit des Kompromisses bei den Koalitionsverhandlungen.

Die langfristige Überlebenschance eines Zweiparteiensystems ist letztlich eine Frage seiner politischen Kultur. Im Rahmen einer politischen Kultur, in der die Wahl des „geringeren Übels“ als unvermeidliche und legitime politische Entscheidung akzeptiert und nicht als Sünde gegen den rechten Glauben verteufelt wird, kann der Protest nicht in eine totale Negation umschlagen. Wenn sich allerdings politische Gruppierungen und Gesinnungen formieren, für die der in jedem Gemeinwesen notwendige Kompromiß des Teufels ist, schwinden die Selbstbehaup-

tungschancen des Zweiparteiensystems und kann das latent stets vorhandene Protestwählerpotential zum systemsprengenden Explosionsstoff werden.

### Traditionsstränge der Intoleranz

In der klassischen Demokratie Englands hat sich der Protest gegen die beiden großen in der Regierung alternierenden Parteien trotz des wirtschaftlichen Niedergangs bislang in friedlichen Formen, z.B. in einem zahlenmäßig starken Votum für die durch das Mehrheitswahlrecht zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilten liberalen Partei (zeitweilig bis zu 15%) niedergeschlagen. Demgegenüber äußern sich im Schwellbrand des politischen Terrorismus und der damit verbundenen Subkultur totaler Intoleranz in der Bundesrepublik Verhaltensweisen des systemimmanenten Protestpotentials, die das Beharrungsvermögen antidemokratischer in der „Vorgeschichte“ der Bundesrepublik verankerter Traditionsstränge anzeigen. Insbesondere die „schreckliche“ Tradition des deutschen Idealismus, in dem letzte Ziele in der Weise absolut gesetzt werden, daß ihre Verwirklichung über den gegen alle Menschlichkeit im Nahbereich zur ethischen Norm hochstilisiert wird, wirken immer noch nach. Das angeblich „Gute“ soll „an und für sich“ gelten ohne Bezug zu den Dimensionen des Glücks und der Humanität im Hier und Jetzt. Motive und Taten werden voneinander getrennt. Auch die schlimmste Inhumanität wird unter Verweis auf die edle Absicht, die humanen Ziele, entschuldigt. Charakteristisch für diesen Messianismus ist zugleich sein gnostisch, anarchistisches antiinstitutionelles Ressentiment. Die Beharrungskraft des dem deutschen Idealismus eigenen inhumanen geistigen Potentials wurde unter dem Eindruck der institutionellen Stabilisierung der Demokratie in der Bundesrepublik im Schutz der Besatzungsmächte und durch den epochalen wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegsdekaden übersehen. In der geistigen und politischen Überwindung dieser Traditionsstränge des deutschen Idealismus und der für sie charakteristischen Verhaltensweisen wird sich möglicherweise das Schicksal der Demokratie in der Bundesrepublik entscheiden.

Dieter Oberndörfer

\* „Entfremdung der Parteien“

Die Nennungshäufigkeit (in %) der wichtigsten politischen Aufgaben 1973–1977\*

	03/73	09/74	03/75	11/75	03/76	04/76	06/76	08/76	09/76(1)	09/76(3)	05/77
Arbeitsplatzsicherung	3	23	35	39	46	49	38	38	41	43	43
Preisstabilität	53	35	16	16	13	15	19	14	14	15	8
Konjunkturpolitik	8	11	11	18	16	17	11	14	10	8	8
Steuerpolitik	4	3	3	6	2	1	2	3	2	3	2
Ostpolitik	8	3	2	3	2	3	3	5	6	4	2
Westpolitik	3	2	–	–	2	–	–	–	1	1	1
Sozialpolitik	4	4	4	4	5	2	4	5	3	3	11
Bildungspolitik	4	3	4	4	4	3	5	4	7	7	3
Verbrechensbekämpfung	4	2	14	3	2	2	5	5	5	5	12

\* offene Frage.

Quelle: Umfragen des SFK.